

Kurz: Den Finger auf die Wunde gelegt⁽²⁾

konstruktive Hinweise und Vorschläge an das BMJ

gesammelt von RiAG Dr. Graeber, Potsdam

In dieser Rubrik sollen Hinweise und Vorschläge gesammelt werden, die bei einer nächsten Änderung oder Ergänzung der InsO mitbehandelt werden könnten. Also Dinge aus der Praxis, die das BMJ für den Gesetzgeber zumindest einmal prüfen sollte, ohne dass damit eine politische Agenda verbunden wäre. In dieser ersten Folge stammen die Punkte noch vom Autor, der zukünftige Vorschläge aus der Praxis prüfen und zusammenfassen soll. Hier geht es um eine funktionierende Praxis und nicht etwa um Interessenvertretung. Vieles ist nicht wirklich wichtig, wäre aber trotzdem bei Gelegenheit zu verbessern. Die Vorschläge stammen verständlicherweise aus der Praxis des Autors, weshalb es ausdrücklich gewünscht wird, dass Sie Ihre Vorschläge zur Verbesserung der Praxis an den Verlag über die Mailadresse mail@Ins-A.de senden. Denn es könnte sein, dass sich durch diese Sammlung zukünftig die praktische Arbeit erleichtert.

Verwertungskostenbeitrag gem. § 171 Abs. 2 InsO als Basis der Mehrvergütung gem. § 1 Abs. 2 Nr. 1 InsVV

Die Mehrvergütung eines Insolvenzverwalters für die Verwertung von mit Absonderungsrechten belastetes Vermögen bemisst sich aktuell nach der Feststellungspauschale des § 171 Abs. 1 InsO. Logischer und verständlicher wäre es, für diese besondere Verwertung auf die Verwertungs pauschale abzustellen, wobei der Anteil von auf 40 % geändert werden könnte, so dass wertmäßig keine Änderung eintritt.

Entfernung des Check-Kästchens bei der Versicherung der Richtigkeit und Vollständigkeit im Antragsformular des Verbraucherinsolvenzverfahrens

Das Antragsformular im Verbraucherinsolvenzverfahren sieht verschiedene Erklärungen und Versicherungen des Antragsstellers vor, welche nicht gesondert angemerkt bzw. angekreuzt werden müssen und welche automatisch von der Unterschrift des Antragstellers umfasst werden. Auf dem Hauptblatt des Antragsformulars, Seite 2, Rn. 7, ist die Versicherung des Antragstellers vorgesehen, dass die Angaben zu Nummer II. 2. (Rn. 4) richtig und vollständig sind. Diese Erklärung wird von der InsO nicht gefordert. In der Praxis übersehen die Antragsteller gelegentlich, dass neben dieser Versicherung ein Check-Kästchen vorhanden ist.

Dieses soll aktiv angekreuzt werden, damit die danebenstehende Erklärung als abgegeben anzusehen ist. Um Nachfragen zu vermeiden, sollte dieses Check-Kästchen ersatzlos entfernt werden.

Evaluierung der Tätigkeiten der Insolvenzverwalter

Bislang wurde nicht erhoben, was Insolvenzverwalter in den Insolvenzverfahren zu erledigen und zu leisten haben. Dies wäre jedoch die Basis dafür, deren Tätigkeit realitätsnah zu beurteilen und zu bewerten und eine Grundlage für eine angemessene Honorierung zu haben. Nachdem dies während der Konkursordnung unterlassen wurde und auch die Insolvenzordnung mehr als ein Vierteljahrhundert alt ist, sollte dies nachgeholt werden.

Ergänzung des § 287a Abs. 2 InsO um einen Hinweis auf Art. 103l EGIInsO

§ 287a InsO mit den Bestimmungen zu Sperrfristen bei Neuansuchen wurde mit Wirkung zum 31. Dezember 2020 geändert. Gem. Art. 103l EGIInsO gelten die bisherigen Vorschriften und damit auch die kürzen Sperrfristen des § 287a Abs. 2 InsO a.F. für die vor dem 31.12.2020 beantragten Verfahren. Ein Hinweis auf Art. 103l EGIInsO oder eine Übernahme seiner Regelung in § 287a InsO selbst würde das Zusammenspiel für Praxis deutlicher machen.